

Margarethenstich kommt vors Volk

Das Referendum gegen die umstrittene Tramverbindung erhält grosse Unterstützung

Von Thomas Dähler

Liestal. 3472 Unterschriften hat das Referendumskomitee gegen die Tramverbindung Margarethenstich gestern in Liestal dem Baselbieter Landschaftsrevisor Peter Vetter übergeben. Das Referendum richtet sich gegen den Verpflichtungskredit von 14 Millionen Franken, den der Landrat verabschiedet hat. Damit entscheiden die Baselbieter Stimmberechtigten im Herbst über die Tramverbindung zwischen den Stationen Dorenbach und Margarethen.

Umstritten ist der Margarethenstich schon lange. Auch der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat einen Kredit für die Realisierung der Strecke an der Kantongrenze zwischen den beiden Basel genehmigt. Mit sieben Millionen Franken ist der basel-städtische Anteil aber nur halb so gross. Dass Basel-Stadt nur einen Drittel der Kosten trägt, geht auf eine Offerte des Kantons Baselland zurück, nachdem die SVP in Basel-Stadt mit dem Referendum gedroht hatte. Dass es jetzt zu einer Referendumsabstimmung im Kanton Baselland kommt, ahnte damals niemand.

2200 Signaturen aus Binningen

Das jetzt eingereichte Referendum erfolgte überraschend, hatten zuvor doch nur wenige gegen die Trampläne opponiert. Doch der frühere FDP-Landrat Roger Moll sammelte in den vergangenen vier Wochen mit Leichtigkeit die notwendigen Unterschriften. 1500 sind dafür nötig. Mit 3472 Unterschriften wurde das Quorum weit überschritten. 2200 Unterschriften stammen dabei allein aus der betroffenen Gemeinde Binningen, wie Moll der BaZ erklärte. «Die Unterschriften aus Binningen allein hätten genügt», meinte er.

Ausser in Binningen sei das Komitee vor allem in den Leimentaler Gemeinden erfolgreich gewesen, führte Moll weiter aus. Dabei habe er auch zahlrei-

che Unterschriften von Leuten erhalten, die sich als dem linken Lager zugehörig bezeichnen. Von den Parteien unterstützt offiziell nur die SVP Binningen das Referendumskomitee.

Das Hauptargument der Margarethenstich-Gegner ist ein lokales: Das Komitee will nicht, dass ein Tram am Margarethenstich alle dreieinhalb Minuten den Individualverkehr aufhält. Befürchtet wird dabei nicht nur ein Stau auf der Baslerstrasse. «Auch an der Margarethenkreuzung in Basel gibt es einen Dauerstau», sagt Moll. «Verstopft werden auch das Gundeli-Quartier, das Dorenbach-Viadukt und alle Zubringerstrassen zum Dorenbach-Kreisel.»

Für Baselland zu teuer

Die 14 Millionen Franken seien für den Kanton Baselland auch viel zu teuer. Gewonnen würden mit den Millionen im Tram lediglich fünf Minuten zwischen Binningen und dem Bahnhof Basel SBB. Dazu gebe es eine wesentlich günstigere Alternative. Die Verbindung könne auch über die Heuwaage und die Innere Margarethenstrasse an den Bahnhof SBB geführt werden. Kollege und Bauingenieur Paul Bossert habe aufgezeigt, dass eine Tramkurve an der Heuwaage mit einem vernünftigen Radius realisierbar sei.

Der Verpflichtungskredit für den Margarethenstich war im Landrat mit grosser Mehrheit gegen elf Stimmen genehmigt worden. Dabei wurde betont, dass das Leimental mit der direkten Verbindung an den Bahnhof SBB und weiter Richtung Badischer Bahnhof einen wichtigen Standortvorteil erhalte.

Bekannt wurde diese Woche, dass der Heimatschutz Basel beim Bundesamt für Verkehr eine Beschwerde gegen die für die Tramverbindung nötige Stützmauer eingereicht hat. Der Heimatschutz, der die Tramverbindung eigentlich befürwortet, verlangt eine bessere Gestaltung der Stützmauer.



Bereit für den Abstimmungskampf. Paul Bossert, Roger Moll, Roman Oberli und Urs Weber (von links) übergaben gestern die Referendumsunterschriften an den Baselbieter Landschaftsrevisor Peter Vetter. Foto Kostas Maros

Gründung eines Pro-Komitees angekündigt

Binningen. Das Referendumskomitee gegen die Tramverbindung Margarethenstich steht bereits im Gegenwind: Der frühere Binninger Landrat Urs-Peter Moos hat gestern die Gründung eines «überparteilichen Komitees beider Basel für den Margarethenstich» angekündigt. «Der Margarethenstich ist nicht nur ein ausgereiftes und durchdachtes Projekt, sondern für den Verkehr im Leimental und auch für Binningen von wegweisender und zukunftsgerichteter Bedeutung», schreibt Moos in der Mitteilung.

Den Gegnern des Tramprojekts wirft Moos vor, sie würden «die angeblich nur fünf Minuten Zeitgewinn bei angeblich hohen Kosten ins Lächerliche ziehen». Dabei gebe es doch zahlreiche Pro-Argumente. So bringe das Projekt «eine hoch attraktive, umsteigefreie Direktverbindung» zum Bahnhof SBB, zur Messe und zum Badischen Bahnhof. Ermöglicht würden ein Fahrgastzuwachs und eine Entlastung der Strasse bei gleichen Betriebskosten. Bei der Heuwaage könne zudem die Wendeschleife aufgehoben werden. td

Ein Tal fürchtet um seine Gesundheitsversorgung

Bruderholz-Initiative würde das Spital Laufen retten

Von Joël Hoffmann

Münchenstein. Bereits vor den Spitalfusions-Plänen und der Bruderholz-Initiative spaltete der stadtnahe Betonklotz des Kantonsspitals Baselland die Hausärzte: Manche schwärmen vom «Hölzli», andere würden niemals einen Patienten hierher überweisen. Dass es dabei um Bauchgefühle oder lokalpolitische Befindlichkeiten geht und weniger um die gebotene Behandlungsqualität oder klare Fakten, ist eine Konstante, die sich nun auch im Abstimmungskampf zeigt.

Der Vorstand der Ärztesgesellschaft Baselland war bei der Lancierung der Bruderholz-Initiative zunächst eher für die Initiative, der Präsident eher dagegen. Dann entschied die Basis: Man unterstütze die Initiative. Unterdessen hat der Vorstand der Ärztesgesellschaft mitgeteilt, das Volksbegehren nun doch abzulehnen, was wiederum die Initianten auf die Palme bringt. Das Komitee lud gestern zur Medienkonferenz, an der vier Ärzte nochmals die mittlerweile weitum bekannten Ansichten der Initianten wiederholten. Einer der Redner war Martin Tschan aus Laufen.

Tschan wies auf einen etwas blinden Fleck in der Debatte hin: das Laufental, respektive den dortigen Standort des Kantonsspitals Baselland, der, so die Pläne der Regierung, auf eine Permanence sowie eine stationäre Schmerz- und Reha-Abteilung zusammengeschrumpft werden soll. Die Bruderholz-Initiative würde bei einem Ja auch das Spital Laufen «retten».

Im Gespräch mit der BaZ erwähnt Tschan das Feningerspital, das kaum noch jemand kennt. Der Hausarzt geht zurück ins Jahr 1994. Der Laufentalvertrag hält unter Paragraph 45 fest: «Das Feningerspital Laufen wird Kantonsspital. Der Bestand des Spitals mit Grundversorgung für Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie, Geburtshilfe und mit

der Notfallstation bleibt dauernd gewährleistet.» Einen Staatsvertrag könne man nicht einfach so übergehen, sagt Tschan. Trotzdem zogen ein paar Jahre ins Tal und die Geburtshilfe ist mittlerweile abgeschafft.

Sorge um die Sicherheit

Aber Tschan ist nicht nur ein Nostalgiker. Er zweifelt an den Annahmen der Regierung, mit der sie den Abbau in Laufen rechtfertigt. Bei grösseren Notfällen, die einen stationären Aufenthalt erfordern, sei ein Laufentaler selbst ausserhalb der Stosszeiten nie und nimmer innerhalb von zehn Minuten auf einer Notfallstation. Auch hält Tschan eine Permanence, die nicht rund um die Uhr geöffnet ist für kleinere Notfälle, für ungeeignet. «Wer in der Nacht ein Problem hat, muss nach Liestal oder Basel. Das ist eine Zumutung», sagt Tschan.

Und die Beteuerungen der Regierung, dass in Laufen die Schmerz- und Reha-Zentren bleiben werden, hält er für Augenwischerei: «Bei bloss 500 Patienten im Jahr kann ein stationäres Angebot nicht rentabel betrieben werden», glaubt der Arzt. Er vermutet, dass die beiden Angebote auch bald verschwinden würden und also nur noch eine Permanence für kleinere Notfälle bleiben wird.

Wie das Initiativ-Komitee vermutet auch er, dass die Spitalfusion fürs Baselland teurer wird als die bisherige Lösung. Eine sehr umstrittene These. Aber in der Tat sind noch viele Faktoren, wie etwa die Tarifentwicklung bei ambulanten Behandlungen, offen. Das Bauchgefühl lässt Tschan jedenfalls an seiner These festhalten. Auch das Argument, dass das Kantonsspital nicht mehr drei so grosse Standorte wie heute finanziell aufrechterhalten kann, lässt er nicht unwidersprochen: «Kleine Grundversorger werden effizienter arbeiten als ein grosser Moloch.»

Belasteter Standort wird saniert

Baudirektion ist für das Millionenloch nicht verantwortlich

Liestal. Die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) hat das Loch von 11,3 Millionen Franken in der Staatsrechnung 2016 nicht verursacht. Von einer Fehleinschätzung kann keine Rede sein. BUD-Sprecher Dieter Leutwyler stellte gestern klar, dass die BUD das kontaminierte Grundstück nicht gekauft hat. Erworben habe es ein Privater, der namentlich nicht genannt werden will. In der Rechnung des Kantons wurde eine zuvor nicht budgetierte Rückstellung für die Sanierung der Altlast verbucht, wie die BaZ gestern berichtete. Die Finanzdirektion habe den Betrag eingestellt, weil ein belasteter Standort saniert wer-

den muss, erklärte Leutwyler. «Die Verantwortung dafür trägt der Verursacher und nicht die BUD».

Für die Sanierung eines Grundstücks ist nicht ausschlaggebend, wer das Grundstück erworben hat. Für dessen Sanierung müsste der Verkäufer aufkommen. Aus Leutwylers Ausführungen geht hervor, dass der Verkäufer nicht mehr belangt werden kann, weil es keinen zahlungsfähigen Rechtsnachfolger gibt. Unklar bleibt, ob die Sanierung wegen eines Bauvorhabens zeitnah notwendig wird oder ob die Altlast zuvor gar nicht im Schadenkataster verzeichnet war. td

Laufner Kirche ist gerettet



Sanierung kann anlaufen. Die Christkatholische Kirchgemeinde Laufen hat mit ihrem Ja zum Sanierungskredit über 1,2 Millionen Franken grünes Licht gegeben für die Instandstellung der St. Katharinenkirche. Diese hatte aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müssen, als bei Renovationsarbeiten grosse Schäden an der Tragkonstruktion ans Licht kamen. Dank Spenden, Beiträgen von Bund, Kantonen, Kirchgemeinden und Privaten sind die Hälfte der Sanierungskosten sichergestellt. Die Arbeiten beginnen kommende Woche, Ende August sollte die Kirche wieder genutzt werden können. ch Foto Stadt Laufen

Von einem Läuferfingerli ist nicht die Rede

Abgestimmt wird nur über Geld

Von Thomas Gubler

Liestal. Zurzeit läuft das Referendum gegen die vom Landrat beschlossene Stilllegung der S9 zwischen Sissach und Olten, des «Läuferfingerli». Bis zum 25. Mai hat das Referendumskomitee Zeit, die nötigen 1500 Unterschriften beizubringen. Und eigentlich zweifelt niemand daran, dass dies dem breit abgestützten Gremium gelingt. Ausser der CVP sind so ziemlich alle politischen Gruppierungen darin vertreten. Da finden sich die grüne Nationalrätin Maya Graf eintrüchtlich neben ihrem SVP-Kollegen Thomas de Courten, und die Allschwiler SVP-Landrätin Pascale Uccella neben dem Gelterkinder SP-Mann Martin Rüegg. Sie alle verbindet die Sympathie zur Bahn durchs Homburgertal, die Ende 2019 durch Busverkehr ersetzt werden soll.

Nur, vom Läuferfingerli an sich ist in der Referendumsvorlage nirgends ausdrücklich die Rede. Das heisst, es wird bei der Abstimmung keine Frage geben: «Wollt ihr die S9 beibehalten?» Denn der Landrat hat es explizit abgelehnt, über die Läuferfingerli-Frage separat, vom 8. Generellen Leistungsauftrag (GLA) losgelöst, zu befinden. Letztlich geht es also «nur» um zwei finanzielle Posten, um die Jahre 2020 und 2021 des Finanzprogramms für den 8. GLA. Im ersten Fall betrifft dies 39,82 Millionen und im zweiten 40,32 Millionen Franken. Sagt das Volk Nein, sind die ungedeckten Kosten beim 8. GLA für die Jahre drei und vier nicht mehr finanziert. Und damit auch der Busersatz zwischen Sissach und Olten nicht.

Erneutes Referendum möglich

Entsprechend bräuchte es zwei neue Finanzierungsbeschlüsse. Möglich wäre aber auch, dass der 8. GLA dann nur zwei Jahre dauert und man gleich einen 9. für die Jahre 2020–2023 erlässt. Dass das Läuferfingerli dann automatisch wieder mit an Bord ist, trifft nicht zu. Natürlich bildet die Beibehaltung der S9 das Motiv für ein Nein zu den beiden Posten im Finanzprogramm. Und klar gilt es, den Volkswillen zu beachten.

Aber einen Automatismus gibt es nicht. Das Läuferfingerli müsste bei einem Nein wieder in den Leistungsauftrag geholt und finanziert werden – mit einem neuen, wiederum referendumsfähigen Landratsbeschluss. Dass dann die andere Seite das Referendum ergreift, ist zwar unwahrscheinlich, aber nicht undenkbar.

Nachrichten

Keine Brandstiftung im «Kanonenkügeli»

Liestal. Vergangenen Mittwoch wurde das Restaurant zur Kanonenkugel in Liestal bei einem Brand massiv beschädigt. Aufgrund bisheriger Erkenntnisse kann die Staatsanwaltschaft eine Brandstiftung ausschliessen. Näheres zur Brandursache ist allerdings noch nicht bekannt.

Legionellen in Turnhallen sind moderates Risiko

Liestal. Der Kanton hat 123 Schulturnhallen auf Legionellen-Keime überprüft. In 44 Prozent konnten in den Warmwassersystemen Legionellen nachgewiesen werden. Die durchschnittliche Konzentration betrug 1500 kolonienbildende Einheiten, der vom Bund vorgegebene Zielwert liegt bei 100, teilt die Gesundheits- und Volkswirtschaftsdirektion mit. Dennoch wird von einem «lediglich moderaten Gesundheitsrisiko» gesprochen.

Pensionskasse färbt die Rechnung tiefrot

Laufen. Die Stadt Laufen schreibt 2016 einen Verlust von 1,3 Millionen Franken. Darin enthalten ist eine Rückstellung für die Pensionskasse von 1,2 Millionen. Das Budget sah ein Minus von einer knappen Million vor.